Deutschland plant weitere Unterstützung Boliviens bei der Wasserversorgung in der Hauptstadt Sucre

Deutschland plant weitere Unterstützung Boliviens bei der Wasserversorgung in der Hauptstadt Sucre

Deutschland und Bolivien haben am 29. Mai 2013 in La Paz erfolgreich die bilateralen Regierungsverhandlungen abgeschlossen. Dabei sagte Deutschland Mittel in Höhe von 35 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre zu. Ein Teil der Mittel wird jedoch erst dann zur Verfügung gestellt, wenn die gemeinsam definierten Ziele, unter anderem bei der Dezentralisierungsreform im Wassersektor, erreicht sind.
Bolivien befindet sich seit dem Amtsantritt des Staatspräsidenten Evo Morales im Jahr 2006 in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess, der mit einer umfassenden Neuordnung der Staatsorgane einhergeht. Deutschland hat Bolivien weitere Unterstützung bei der Umsetzung der eigenen Reformagenda zugesagt und mit der Neuzusage eines Reformfonds eine flexible Lösung für kurz- und mittelfristige Prioritäten der bolivianischen Reformprozesse zur Verfügung gestellt. Damit ergänzt der Fonds die auf langfristige Beratung ausgerichteten Programme im Bereich der Förderung des Autonomieprozesses.
Zentrales Element der diesjährigen Verhandlungen war eine weitere deutsche Finanzierungszusage für die Verbesserung der Wasserversorgung in Boliviens Hauptstadt Sucre. Mit der neuen Zusage fördert Deutschland den Bau einer neuen Trinkwassergewinnungsanlage.
Trotz der insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung Boliviens und Fortschritten bei der Armutsbekämpfung sind beispielsweise in Sucre noch immer 16 Prozent der Bevölkerung nicht an die Trinkwasserversorgung angeschlossen. Aufgrund des enormen Wachstums der Stadt durch die Binnenmigration hat sich die Bevölkerung der Stadt seit 1995 verdoppelt und wird voraussichtlich weiter ansteigen. Bereits jetzt gibt es in der Trockenzeit erhebliche Versorgungsengpässe, die durch den Klimawandel weiter verschärft werden.
Deutschland ist bereits seit Beginn der Zusammenarbeit mit Bolivien vor 50 Jahren ein wichtiger Partner bei der Verbesserung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Die beiden weiteren Schwerpunkte, Staat und Demokratie sowie nachhaltige Landwirtschaft, wurden bestätigt.
Ferner vereinbarten beide Regierungen unter anderem ein neues Beratungsprogramm zur Anpassung der vom Klimawandel bedrohten Landwirtschaft und zur Verbesserung der Vermarktungskapazitäten der Kleinbauern, sowie ein Beratungsprogramm zur Verbesserung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung in den stark wachsenden Stadtrandgebieten.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Europahaus, Stresemannstr. 34-37
10963 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (0 30) 2 50 30
Telefax: +49 (0 18 88) 5 35 35 00
Mail: poststelle@bmz.bund.de
URL: http://www.bmz.de

<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=534463" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

10963 Berlin

bmz.de
poststelle@bmz.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

10963 Berlin

bmz.de
poststelle@bmz.bund.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage